

Gerrit Jan Beuker



Altes Rathaus in Uelsen.
Foto: Iris Kersten,
Grafschafter Nachrichten

Uelsener Gemeinderatsprotokolle in der NS-Zeit

Einblicke in die Jahre 1931 bis 1946

Im Rahmen der Geschichtswerkstatt der VHS „Uelsen in der Zeit des Nationalsozialismus“ habe ich das Protokollbuch vom Rat der politischen Gemeinde Uelsen von 1932 bis 1946 abgetippt. Es gewährt unerwartete Einblicke.

Helmut Lensing schreibt zu Uelsen: „Das Kirchspiel Uelsen war nicht nur als ländlich-dörfliche Region sozial sehr einheitlich, sondern zugleich mit gut 97% Protestanten (fast 90% reformiert und

7,8% altreformiert) die konfessionell homogenste Region der Grafschaft. Hier schnitt ab 1930 die NSDAP von allen Grafschafter Kirchspielen am besten ab.“¹

Im Januar 1932 gehören neben dem Bürgermeister **Hölters** und dem Beigeordneten **Albert Diek** weitere zehn Mitglieder zum Gemeinderat. Es sind dies **Georg Blekker**, **J.A. Dalink**, **Arnold Diek**, **Eduard Jacobs**, **Gerrit Kip**, **Heinrich Meyerink**, **Heinrich Rotmann**,

1 <http://www.grafschafter-geschichte.de/09/1933-Uelsen/020.pdf>

Kein
Fehlend
der Namen
(Schiff
nur
dieser
ASatz)

Heinrich Schmid, Johann Sietzen und Adolf Spalink.

Fester Bestandteil aller Sitzungen dieser Jahre ist ein vertraulicher Teil, in dem finanzielle Unterstützungen, Niederschlagung oder Nachlässe von Steuern oder Berufsschulbeiträge für Bedürftige aus der Gemeinde verhandelt werden. In jeder Sitzung geht es dabei im Durchschnitt um fünf bis zehn Personen oder Familien. Die soziale Not zeigt sich auch darin, dass die „Tannendiebsthähe aus den Gemeindeforsten“ überhand nehmen. Im Mai 1932 soll ein eigens angestellter Waldhüter die Forsten bewachen.

1933 Hälfte neue Ratsmitglieder

Am 25.03.1933 sind sechs Personen offenbar neu im Rat: G.J. Aalderink, A. Hagmann, G. Kampferbeck, B.H. Plescher, Dr. Sander und Zwier Warrink. Geblieben sind neben Bürgermeister Hölters sechs Mitglieder, nämlich Georg Blekker, Arnold Diek, Eduard Jacobs, Gerrit Kip, Gerrit Nyhoff, Heinrich Schmid.² Die Gemeindeverordneten, so jetzt der offizielle Titel, werden „von dem Bürgermeister durch Handschlag zur gewissenhaften Verwaltung ihres Amtes verpflichtet“. (S. 40)³. Sie hatten zuvor schon erfahren, „dass die Nichtanwesenden sich den gefassten Beschlüssen zu unterwerfen haben.“

Ausgeschieden sind laut Teilnehmerliste vom 25.03.1933 demnach sechs: J.A. Dalink, Heinrich Meyerink, Heinrich Rotmann, Johann Sietzen und Adolf

Spalink und Weiden. Hölters wird als Bürgermeister wiedergewählt, Beigeordneter wird nun Dr. Sander.

Die Ratsmitglieder arbeiten wie zuvor zu zweit oder zu dritt in den bestehenden sechs „Kommissionen“, nämlich im Schulvorstand, Berufsschulvorstand, Wasserleitungskommission, Brauschaukommission, Rechnungskommission und Wegekommision.

Nationalsozialistische Fraktion

Am 13. Mai 1933 merkt man erstmals, dass sich etwas verändert hat. Es gibt jetzt eine neue Fraktion. Protokolliert wird: „Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt Gemeindevertreter Schmid namens der Nationalsozialistischen Fraktion“: „Da die Wasserleitungs- und Rechnungskommission dem Gesetz über die Gleichschaltung nicht entsprechen, beantragt Schmid, diese Kommissionen zu ändern. Er schlägt für die Nationalsozialistische Fraktion vor, in die Wasserleitungskommission die Herren Hagmann, Aalderink und Schmid zu wählen. Ein anderer Vorschlag wurde nicht eingebracht. Mit 11:1 Stimme wurde der Vorschlag angenommen. Damit ist die Gleichschaltung vollzogen und sind die am 8.4.33 erfolgten Wahlen für diese Kommissionen hinfällig geworden.“

Auch an anderer Stelle zeigt sich die „neue“ Zeit. „Aus Anlaß der intensiv durchgeführten Arbeitsvermittlung ist beantragt und vorgesehen, den fürstlichen Mühlenteich zu einer Badeanstalt

2 Entnazifizierungsakten finden sich nur von sieben der zwölf, nämlich für Landwirt Albert Hagmann (Jg. 1877, „Unterstützer“), Tischler Bernd Hindrik Plescher (Jg. 1889, „nicht betroffen“), Führunternehmer Zwier Warrink (Jg. 1900, „entlastet“), Gastwirt Friedrich Hölters (Jg. 1898, „Unterstützer“), Kaufmann Eduard Jacobs (Jg. 1884, „Unterstützer“), Bäckermeister Gerrit Kip (Jg. 1895, „entlastet“), Landwirt Gerrit Nyhoff (Jg. 1886, „Unterstützer“). Keine Akten finden sich für G.J. Aalderink, G. Kampferbeck, Dr. Sander, Georg Blekker, Arnold Diek und Heinrich Schmid.³ Die Seitenzahlen in Klammern beziehen sich jeweils auf die Seite im Protokollbuch.

Römmesberg

auszubauen und die Nackenberg- und Hardinghauserstraße umzupflastern. Das Projekt soll als Notstandsarbeit anerkannt werden“, heißt es im August 1933. Und in derselben Sitzung: „Dr. Sander regt an daß Denkmal auf dem R~~ö~~mmberg wieder herzurichten; sowie ferner gemeindeseitig für die Benutzung der Badeanstalt zu werben. Die El.[ektrizitäts] Gen.[ossenschaft] soll gebeten werden, versuchsweise auch Sonntags morgens die Badeanstalt in Betrieb zu nehmen.“ Die Öffnung der „Badeanstalt“ am Sonntagmorgen war ein bewusster Affront gegen die Kirchen im Ort.

Auflösung Gemeindeausschuss

Neue Gesetze verändern die Arbeit. Der Gemeinderat hat mit dem 01.01.1934 nur noch beratende Funktion, die Entscheidungen trifft der Bürgermeister allein. Das Protokoll wird förmlicher. Es vermeldet von der ersten Sitzung des Jahres, am 29.01.1934: „Auf Grund der § 9 Abs. 2 der ersten Verordnung zur Durchführung des Gemeindeverfassungsgesetzes vom 15. Dez. 1933 / 20.12.33 / G.S.S. 499 sind dem Gemeinderate der oberste örtliche Führer der N.S.D.A.P. Ortsgruppenführer H. Meyerink sowie der rangälteste Führer der Sturmabteilungen der N.S.D.A.P. Sturmführer Robert Schillig beigetreten. Für die heutige Sitzung werden erstmalig die Bestimmungen des Gemeindeverfassungsgesetzes vom 15. Dez. 1933 (G. S.S. 427) angewandt. Demzufolge hat der Gemeinderat nur noch beratende und nicht mehr beschließende Funktion.“

Am 9. August 1934 „gedachte der Bürgermeister des verstorbenen Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg“. Allerdings

gibt es vorläufig in Uelsen noch weiter zwölf Gemeinderäte, bis Meyerink im Mai 1935 auf acht drängt. Dabei pflichten ihm aber nur drei Gemeinderäte bei, also nur ein Drittel! Der entscheidungsbefugte Bürgermeister notiert: „Der Ansicht trete ich bei“. Damit sind acht Gemeinderäte beschlossen, die dem Bürgermeister und zwei Beigeordneten zur Seite stehen. (S. 98 u).

Das Rathaus und die Kirche

Ende 1934 kommt erstmals ein „Beschluß des Kirchenrates wegen Benutzung des Rathauses“ zur Sprache. „Der Kirchenrat hat die Steuerhebungen im Rathausnebenzimmer untersagt. Gestützt auf den Vertrag von 1902 wird der Bürgermeister beauftragt, mit dem Pastor Schumacher dieserhalb Rücksprache zu nehmen.“

Offenbar ist die reformierte Kirchengemeinde Eigentümerin des (alten) Rathauses. Im März 1936 ist „der Gemeinderat im Prinzip für den Erwerb des Rathauses“. Anfang 1937 verkauft die Kirchengemeinde der politischen Gemeinde den ganzen Bookesch als Baugelände. Dafür wird der Weg von Timmer-Rosenthal bis zum Kappenberghof als öffentlicher Weg aufgehoben. Für Fußgänger bleibt er passierbar. Das Rathaus soll spätestens 1942 aus dem Eigentum der Kirchengemeinde in das der politischen Gemeinde übergehen. Die politische Gemeinde bezahlt der Kirchengemeinde dafür die Hälfte der Kosten für die Errichtung von einer Art von Gemeindehaus, das nach Plänen von Architekt Lögters (?) höchstens 10.000 RM kosten wird. (S. 154)



Altes Rathaus und Kirchturm in Uelsen.
Foto: Iris Kersten, Grafschafter Nachrichten

Sportliches

1935 genehmigt der Kreisausschuss, „daß er zum Ankauf des Elektrizitätswerkes zum Ausbau zur Turnhalle und Badeanstalt eine Beihilfe von 2.000,- RM zahlbar in 4 Jahresraten zu je 500,- RM zur Verfügung stellt“. Dabei handelt es sich um ein Drittel der Kosten. Das Elektrizitätswerk soll nach den Plänen von Architekt Schilling zu Badeanstalt und Turnhalle umgebaut werden. Im Juli 1935 wird beschlossen, ein Brausebad kostet 0,25 RM, ein Wannensbad 0,50 RM. Schüler und Schülerinnen zahlen pro „Gemeinschaftsbrause“ 0,10 RM. Ein Wannensbad ist auf 30 Minuten begrenzt, ein Brausebad auf

20/(S. 103) Es gab vermutlich kaum ein Haus in Uelsen mit eigener Brause oder fester Badewanne. Im März 1936 beschließt der Rat den Neubau einer „Gemeindebadestelle“ am Rönneberg.

Punkt
Uelsen.

Wasser, Strom und andere Zuschüsse

Der Bürgermeister entscheidet allein: „Die Gemeinde übernimmt [mit Oktober 1935] aus Mitteln des Haushalts die Zahlung des verbrauchten Licht und Haushaltsstromes des deutschen Frauenarbeitsdienstes Arbeitsdienstheim Uelsen, von der Zahlung des Wassergeldes

8

wird der Frauendienst befreit.“ Er meint am 09.08.1935, die Sache dulde „infolge Abschluß eines Mietvertrages keinen Aufschub“.

Dieser Beschluss wird im April 1937 noch einmal wiederholt. Zudem zahlt die Gemeinde auch das „Lichtgeld des Frauenerbeitslagers Uelsen... Diese Verpflichtung läuft mit dem Tage ab, an welcher der Kreis die Trägerschaft übernimmt.“ Im November 1937 jedoch beschließt die Gemeinde „einen Kostenzuschuß zu den Beiträgen des Kreises für den weiblichen Arbeitsdienst in Höhe“ der bisherigen durchschnittlichen Wasser- und Lichtkosten. Es geht um einen Zuschuss von 75,- RM jährlich/(S.172) Mit Oktober 1938 bekommen auch die Landwirtschaftliche Berufsschule Uelsen sowie der N.S.F. das benötigte Wasser kostenfrei vom Wasserwerk Uelsen geliefert.

Kinderbetreuung

Im November 1940 genehmigt Bürgermeister Hölters „dem R.A.D. für die weibliche Jugend Uelsen für einen zu veranstaltenden Kindernachmittag für die Beschaffung von Schnitzholz eine einmalige Beihilfe von RM 10,-.“ Im Juni 1942 liest man: „Die N.S.V. [Nationalsozialistische Volkswohlfahrt] beabsichtigt die Errichtung einer Kindergartenbaracke. Es ist vorgesehen die Baracke in späteren Jahren durch ein festes Haus zu ersetzen. Beantragt ist die unentgeltliche Abgabe eines Grundstücks in Größe von 1.200 qm... Seitens der Gemeinderäte wird das Grundstück Bleckenbölt in Sandhausen als auch günstig gelegen bezeichnet. Das Grundstück wird der N.S.V. gleichfalls angeboten.“ (S. 252f)

Wieder neue Gemeindeordnung

Unter dem 2. April 1935 liest man: „Vor Eintritt in die Tagesordnung weist der Bürgermeister auf die bedeutsame Änderung der Gemeindeordnung mit dem 1. April [1935] hin, da die bisherige preußische Gemeindeverfassung durch die deutsche Gemeindeordnung abgelöst wird und nun diese Gemeindeordnung für das gesamte Deutsche Reich in Kraft tritt.“

Im Oktober 1935 scheiden Blekker und Plescher aus dem Amt. „Die neuen Beauftragten der N.S.D.A.P. durch Berufungsurkunde vom 1. Oktober 1935 berufenen Gemeinderäte werden vom Bürgermeister in ihr Amt eingeführt und verpflichtet, das Beste zum Wohle der Gemeinde einzusetzen. Sie werden auf die Pflichten und Rechte des Gemeinderats und auf die Bedeutung des Eides hingewiesen, und gemäß des Gesetzes über die Vereidigung der Beamten und der Soldaten der Wehrmacht vom 29. August 1934 (R.G.Bl. I. S. 785) vereidigt. Die Eidesformel für öffentliche beamtete Gemeinderäte Dijk, Hagmann, Kip, Warrink und Lükenbroer versprechen und von diesen unter Erheben der Schwurhand geleistet. Gemeinderat Pg. [Parteigenosse] Schmid wird unter Bezugnahme auf den bereits früher von ihm geleisteten Eid angestellt... Daraufhin wurden die Berufungs- und Anstellungsurkunden ausgehändigt.“

„Landjahr“, Hitlerjugend und „Mein Kampf“

„Mit Verfügung vom 10. Januar 1936 hat die Gemeinde der landrätl. Hilfsstelle zusätzlich 3 Landjahrpflichtige zu melden. Da nach vorheriger Versammlung der

Punkt
verschieben

Eltern der zur Schulentlassung kommenden Kinder freiwillige Meldungen nicht erfolgten, sind Gemeinderat und Eltern geladen, um eine evtl. Bestimmung durch Los durchzuführen“, heißt es im Protokoll. Das (unerwünschte und ungeliebte!) Los fällt auf Gerrit Blekker, Jan Albert Daalman und Sina Schoemaker. (S. 120f)

Im Juni 1936 beschließt der Rat: „Die Geschenkgabe „Hitler mein Kampf“ [sic!] an Jungverheiratete kann den Neuvermählten überreicht werden“.

Im Januar 1936 geht es um den Bau eines Hauses für die Hitlerjugend (HJ). Die Gemeinde stellt das Grundstück unentgeltlich zur Verfügung. (S. 119). Im August 1938 beschließt der Rat: „Für den H.J. Heimbau wird ein Platz auf der Höhe des Looberges zur Benutzung kostenlos zur Verfügung gestellt“.

Im Dezember 1938 nimmt die Gemeinde beim Landkreis für den Bau des Heimes 2.250 RM als zinsloses Darlehen auf, das 1940 bis 1942 jährlich mit einem Drittel zurückgezahlt werden soll. (S. 194) „Das von der Gemeinde Uelsen zu errichtende H.J.Heim steht den H.J. Einheiten aus der Gemeinde Gölenkamp, Lemke, Bauershausen, Höcklenkamp und Getelo zur Verfügung. Diese Gemeinden haben sich dafür verpflichtet, einen Zuschuß von 5.000,- RM an die Gemeinde Uelsen zu zahlen“. Der Landkreis übernimmt für den Bau für die Gemeinde Uelsen „die Verwaltungs- und Kassengeschäfte“. Im Januar 1939 liegen die Baupläne für das Heim im Gemeinderat vor. Das Haus soll direkt neben der geplanten Molkerei am heutigen Bookesch auf einer Fläche von 2.000 qm gebaut werden.

Querelen um die Molkerei

Mit Eingang des Jahres 1937 füllen viele Gespräche und Verhandlungen um den Neubau einer Molkerei die Protokolle. Im Juli beschließt der Bürgermeister, „die Gemeinde Uelsen stellt für den Neubau eines Molkereigebäudes den erforderlichen Bauplatz kostenlos zur Verfügung.“ Voraus gegangen waren heftigste Zerwürfnisse, die bis zur Gründung eines neuen Molkereiverbandes führten und den Antrag nach sich zogen, ein Mitglied des Gemeinderates wegen Pflichtverletzung aus seinem Amt zu entlassen. Soweit kam es dann aber doch nicht. (S. 165). Im Dezember 1938 liest man: „Es wird davon ausgegangen, daß unter allen Umständen die neue Molkerei für Uelsen erhalten werden muß. Die Umsätze der Molkerei beleben wesentlich die Geschäfte des Ortes, [sie] ist demnach für den Ort Uelsen lebenswichtig“.

Am 12.12.1938 verkauft die Gemeinde Uelsen der Molkereigenossenschaft endlich das Grundstück an der Ecke Wilsumer- und Itterbeckerstraße zur Größe von 4.000 qm zum Preis von 6.000 RM. 1939 wird die heutige Straße „Bookesch“ projektiert. Bis ins Jahr 1941 hinein gibt es Stress mit dem eigenen Wasserbrunnen der Molkerei und ihrer gleichzeitigen Verpflichtung, Wasser vom Uelsener Wasserwerk abzunehmen oder auch mit der Frage der Abwässer. Diese Fragen erfordern viele Gespräche und Ortstermine mit dem Gemeinderat.

1939 Straße der S.A.

Die heute Straße „Am Markt“ am Turm der reformierten Kirche und ein Teil der Itterbecker Straße werden am 30.01.1939 in „Straße der S.A.“ umbenannt. Pathetisch heißt es im Protokoll: *„Aus Anlaß der 6. Wiederkehr des Jahrestages der nationalsozialistischen Machtergreifung und in Würdigung des von der SA. vor und nach dem Tage der nationalsozialistischen Erhebung geleisteten selbstlosen, kämpferischen Einsatzes für die Erneuerung Deutschlands beschliesse ich: Die Straße am Markt vom Hause Johann Diek bis Rosentahl [!] und anschließend die Hauptstrasse vom Hause B. Vörrink – R. Schillig bis E. Engers, Söhne wird mit Wirkung vom 30. Januar 1939 in „Straße der S.A.“ umbenannt. Die bisherigen Hausnummern werden nicht geändert.“*

Bodenschätze

1939 sucht eine Firma aus Münster nach Bodenschätzen in Uelsen. Dafür wird ein umfangreicher Vertrag einstimmig angenommen. Es heißt: *„Es sei notwendig, im jetzigen Zeitpunkt rücksichtslos dem Staate über den Vertragspartner zu geben, was im Boden vorgefunden wird und damit die Ziele des Vierjahresplanes zu unterstützen und auch so zu unserm Teile dazu beizutragen, das Reich vom Auslande durch Ausbeutung der Bodenrohstoffe unabhängig zu machen.“*

Im Juli findet sich Eisensilikat, im Volksmund Eisenschlacke. Die Gemeinde ist bereit, den Abbau zu unterstützen, etwa durch Abtretung eines Baugeländes. (S. 220) Es gab öffentliche

Versammlungen mit dem Inhaber des entsprechenden Patents, der sich von Privatleuten in Uelsen ein Kapital von rund 50.000 RM beschaffen wollte. Im Protokoll heißt es schließlich: *„Da die Angelegenheit zu unsicher ist, wurde allseits von einer Beteiligung abgeraten, auch eine Werbung wurde nicht unterstützt“.*

Bauerhausen

Im April 1939 wird „die Gemeinde Bauerhausen in die Gemeinde Uelsen eingliedert“, Uelsen hat 1245 Einwohner, Bauerhausen rund 400. Die Hauptsatzung der gemeinsamen Gemeinde wird dahingehend geändert, dass dem Bürgermeister in Zukunft drei statt zwei Beigeordnete und acht Gemeinderäte zur Seite stehen. (S. 206). Am 21.04.1939 wird die Vereinigung feierlich vollzogen im Beisein von Landrat Dr. Mückley aus Bentheim. Die Steuersätze der beiden bis dahin eigenständigen Gemeinden werden angeglichen.

Der Bürgermeister und seine Vertreter

„Am 1. Tage [des Krieges] wurde der Bürgermeister [Hölters] zum Heeresdienst einberufen, Beigeordneter Jacobs übernahm die Vertretung. Infolge Krankheit mußte Jacobs das Amt niederlegen und trat auf Grund der Entschließung vom 31. März 1940 Beigeordneter Dijk an seine Stelle. Zum Schluß des Rechnungsjahres wurde Gemeindegassenverwalter Wiegerink einberufen und an dessen Stelle trat der Gemeindegeldner Nyhoff. Die Gemeinde

wurde dem-nach zeitweilig von völlig neuem Personal verwaltet.“ So findet es sich im Protokoll vom 12.09.1940.

Der genannte J. Dijk tritt fast die ganzen Kriegsjahre als Bürgermeister auf und bleibt auch nach dem Krieg im Amt. Auch für ihn gilt die Gemeindegliederung, nach der der Bürgermeister – oder in diesem Fall sein Stellvertreter – entscheidet, nachdem er die Gemeinderäte gehört hat. Offenbar ist sein Namensvetter, Adolf Dijk, „Büro-Schreibhilfe“ für den Bürgermeister. (S. 226). Dieser muss wie viele andere nach dem Krieg seinen Posten räumen.

Mit dem 12.08.1940 übernimmt der aus dem Wehrdienst entlassene Hölters wieder kurzzeitig die Amtsgeschäfte. Vermutlich bewusst vage vermeldet das Protokoll: „Der Bürgermeister gab eine Erklärung des Inhalts ab, daß er mit dem über ihm während seines Einzuges zum Heeresdienst verbreiteten Gerede nichts zu tun habe, auch eine von ihm gegen sich beim Militär erstatteten Meldung die Haltlosigkeit der Gerüchte erwiesen habe“.

1942 bis Kriegsende sind meistens zwei bis drei Mitglieder vom Gemeinderat zum Militär eingezogen. Im Juni muss auch Hölters wieder an die Front und übernimmt J. Dijk wieder seinen Posten.

Der Krieg macht sich in Uelsen bemerkbar. Im April 1940 wird die alte unbrauchbare Feuerwehrspritze verschrottet. „Die Messing- und Kupferanteile [sollen] der Spende zum Geburtstag des Führers zugeführt werden.“ Kohlenhändler Aalderink bat im selben Monat, „daß die Gemeinde sich ins Mittel legen möchte, daß er einen neuen Trecker bekäme, weil er einen großen Umkreis von

30 km allein mit Kohlen versorgen muß, da der zweite Kohlenhändler Weerd von hier zum Wehrdienst eingezogen wurde“.

Die „Kriegswirtschaftsverordnung“ untersagt Steuererhöhungen in der Kriegszeit. Gleichzeitig kann die Gemeinde ihren Haushalt „in Anbetracht der erhöhten Ausgaben, welche wesentlich durch die Kriegssteuern bedingt werden, nicht“ ausgleichen. Weitere Einsparungen sind unmöglich, heißt es. (S. 228) Auch Bürgermeister Hölters muss laut Runderlass des Reichsministeriums trotz Wehrdienst weiter bezahlt werden. (S. 230).

Wegebau

Zu den ureigensten Aufgaben der politischen Gemeinde gehören Straßen, Wege und Abwässer. In den Kriegsjahren wird der Straßenbau durchaus forciert. So liest man unter dem 22.01.1941: „Der Ausbau des Gemeindegeweges von Uelsen in Richtung Gölenkamp in einer Länge von ca 1,5 Km ist im Wegebauprogramm des Kreises für das Rechnungsjahr 1940 vorgesehen... Der 9 m Sanddamm wird voraussichtlich RM 15.000,- Kosten erfordern... Die Linienführung soll in einer Ortsbesichtigung endgültig festgelegt werden.“ (S. 239)

Im November 1941 soll der Ausbau der heutigen Gölenkamper Straße 21.000 RM kosten. Die Gemeinde ist davon unabhängig für den Kauf der dafür nötigen Flächen zuständig. Sie sorgt auch für die nötigen Pferdegespanne und die spätere Bepflanzung der Seitenräume mit Bäumen. Schließlich muss sie die Klünderische Werkstatt abreißen und die Vermessung der neuen Wegstrecke tragen.

Luftschutzräume und Splittergraben

Von Verdunkelungsvorschriften oder der Einrichtung von Luftschutzkellern oder irgendwelchen anderen kriegsbedingten Handlungen oder Vorschriften findet sich nichts im Protokoll. Eher beiläufig liest man ein einziges Mal Anfang 1944: „Gegen die Errichtung eines Luftschutzkellers auf dem Baugrundstück des Tiefbauunternehmers Johann Schoemaker bestehen keine Bedenken“. Im selben Protokoll heißt es: Die „Herstellung eines splittersicheren Deckungsgrabens der R.L.B. auf dem Grundstück in unmittelbarer Nähe der Volksschule dem Bauer Kampert in Halle gehörend wurde beifällig aufgenommen, jedoch mit der Bedingung, daß der Gemeinde keine Kosten entstehen dürfen. Ein eventueller Übergangskredit muß gegebenenfalls beschafft werden, um die Herstellung des Deckungsgrabens zu sichern. Seitens der Gemeinderäte bestehen dieserhalb keine Bedenken, da die Unterbringung der Bevölkerung in geeigneten Luftschutzräumen unbedingt gesichert werden muß.“

Märkte und nationale Feiern weg vom Kirchplatz

Die reformierte Gemeinde soll der politischen Gemeinde im Frühjahr 1944 Flächen zur Verbreiterung der Wilsumer Straße und am Kriegerdenkmal abgeben. Der Kirchenrat möchte dafür keine Märkte und keine „nationale Feiern“ mehr auf dem Kirchplatz. „Der Kirchenrat ist zur Abtretung dieses Geländes bereit, jedoch unter folgendem Vorbehalt: Der früher zur Abhaltung von Pferde-

und Krammärkten dienende Kirchplatz soll seitens der Kirchengemeinde mit Blumenanlagen versehen werden. Die politische Gemeinde verzichtet alsdann auf die bestehenden alten Rechte zur Abhaltung von Pferde- und Krammärkten, falls die Möglichkeit besteht, ein sonstiges geeignetes Gelände mit Unterkunftsräumen in unmittelbarer Nähe des geschlossenen Ortes zu erwerben. Dasselbe gilt für die Abhaltung nationaler Feiern.“ Über eine desbetreffende Entscheidung liest man danach leider nichts mehr im Protokoll.

Zahl der Sitzungen und Besetzung

1938 sind fünf Sitzungen des Gemeinderates gehalten, 1939 sieben, 1940 zwei, 1941 drei, 1942 zwei, 1943 zwei. Für 1944 sind insgesamt sieben Sitzungen des Gemeinderates eingetragen, für 1945 nur noch eine vom 20.01.1945. Danach findet sich ein kurzer Bericht des stellvertretenden Bürgermeisters J. Dijk über die „Besetzung der Gemeinde Uelsen durch kanadische Truppen.“

Die Gemeinde Uelsen wurde am 5. April d. J. durch kanadische Truppen besetzt. Irgendwelche Kampfhandlungen spielten sich nicht ab, sondern vielmehr wurde der Ort kampflos übergeben. Die Tätigkeit der Gemeindeorgane kam vorübergehend zum Erliegen, bis auf Veranlassung der eingesetzten Militärregierung der Befehl erteilt wurde, die Tätigkeit sofort wieder aufzunehmen.

Nähere Anordnungen folgten. Insbesondere wurde darauf hingewiesen, dass Angestellte der Gemeinde, welche der N.S.D.A.P. vor dem Jahre 1933 angehört hatten, zu entlassen seien. Das gleiche ist

zutreffend, soweit Gemeindeangestellte politische Ämter bekleideten. Es schieden somit aus der Gemeindegassenverwalter G. Nyhoff. Ferner der Angestellte Adolf Dijk auf Anordnung der Militärregierung. Der frühere Bürgermeister Friedrich Hölter, welcher inzwischen von der Wehrmacht entlassen wurde, hat sich in Anbetracht der bestehenden Anordnungen nicht wieder um die Tätigkeit als Bürgermeister der Gemeinde Uelsen bemüht. Der z. Zeit des Zusammenbruchs bestehende Gemeinderat wurde mit sofortiger Wirkung aufgelöst. Als I. Vertreter des Bürgermeisters [J. Dijk] wurde der Sattler Johann Heemann, als I. Beigeordneter eingesetzt. Ferner als beratendes Mitglied der Klempnermeister Jan Timmer.

Neuer Rat, alter Bürgermeister

Auf Anordnung der Militärregierung vom 10.10.1945 sind neue Gemeindevertreter zu ernennen. Am 27.11.1945 werden 15 Personen als Mitglieder vom Ratsausschuss eingeführt.

J. Dijk bleibt weiterhin Bürgermeister und Johann Heemann Beigeordneter. Letzterer übernimmt wie zuvor die Protokollführung und wird nun auch stellvertretender Standesbeamter. Flüchtlingsfragen und Holz- und Unterrichtsversorgung sind die ersten großen Themen.

Weil nach Ansicht des Rates die Arbeitnehmerschaft mit zwei Abgeordneten

zu wenig im Rat vertreten sei, wird der Maschinenschlosser Jan Harm Brünink Ende 1945 als zusätzliches Mitglied vorgeschlagen und im Februar 1946 eingeführt. Da die Zahl von 15 Mitgliedern nicht überschritten werden darf, treten der Kaufmann Heinrich Hoedt aus Altersgründen und der Landwirt H. Hendrik wegen Überlastung zurück. Letzterer ist stark eingebunden in seine Arbeit als Ortsbauernführer.

Altreformierte

Vor 1933 war kein einziger Altreformierter im Gemeinderat von Uelsen vertreten, von März 1933 bis Oktober 1935 war B.H. Plescher von der altreformierten Gemeinde im Rat, Anfang 1946 stellen die Altreformierten mit Eilert, Engbers und Brünink drei von 15 Ratsmitgliedern, also 20 Prozent. Dabei lag ihr Anteil vor dem Krieg im gesamten Kirchspiel bei knapp acht Prozent der Bevölkerung. Nach dem Krieg schrumpfte er durch den Zuzug von Flüchtlingen auf fünf bis sechs Prozent. Dabei war ihre Zahl in den direkten Kirchorten wie Uelsen in der Regel noch wesentlich niedriger als in den umliegenden Ortschaften. Möglicherweise weist dieser überproportionale Anteil von 20 Prozent darauf hin, dass Altreformierte meistens keine Anhänger der nationalsozialistischen Ideologie gewesen sind. Aber sie haben eben auch nicht lautstark dagegen protestiert.

Autor

GERRIT JAN BEUKER lebt in Neuenhaus.